

33. Sitzung des Bundesrates vom 12. Mai 1953.Vorsitz: Herr Bundespräsident Etter.Abwesend: HH. BR. Kobelt und Escher.Schriftführer: HH. BK. Oser und VK. Weber.

Das Protokoll der 28. Sitzung wird genehmigt.

Beginn: 09.00 Uhr.Schluss: 11.30 Uhr.Verwaltungsbeschwerde Stadt Winterthur und Konsorten betr.
Rheinaukraftwerk.Herr Bundespräsident: Bericht und Antrag erst sämtlichen Mitgliedern zustellen.Einsparungen bei den Bundesbeiträgen.Herr Weber: Die ständerätliche Kommission hat bekanntlich beschlossen, sie wolle diesen Bericht abwarten, bis sie Stellung nimmt zur Bundesfinanzordnung. Sie hat am 26. Mai Sitzung.

Die Vorschläge betreffen

1. Aufhebung einer Anzahl von Beiträgen an die Besoldungen kantonaler Beamter, Fonds für wissenschaftl. Forschung, Verkehrszentrale, Zentrale für Handelsförderung, Bundesrat möge nichts abstreichen, damit Vorlage noch nach etwas aussieht.
2. Einsparungsmöglichkeiten bei Verzinsung gewisser Fonds. Hier kann Bund für lange Reihe von Jahren entlastet werden, ohne dass Kantone darunter leiden.
3. Kategorie Entlastung der Finanzrechnung von transitorischen Conten z.B. gehen Beiträge der Kantone an AHV zuerst als Einnahmen in die Bundeskasse und nachher werden sie als Ausgaben gebucht der Bundeskasse gegenüber der AHV. Künftig soll das direkt gehen in die AHV-Kasse.
4. Kategorie von Fällen, wo wir nur Anregungen machen, z.B. Rückerstattung von Zöllen auf eingeführten Lastwagen u.a. Einstellung der Verbilligungsmassnahmen bei sinkendem Index.

Subventionen, die nur via Budget beschlossen werden nicht berücksichtigt, diese sollen mit dem Budget behandelt werden.

Herr Rubattel: Entwurf entspricht dem Möglichen und Wünschenswerten. Brauchen gewisses Gleichgewicht zwischen Departementen. Da ziemlichlicher Ausgleich • Interesse ist da, auch ^{eine} Anzahl kleiner Subventionen fallen zu lassen wegen Präjudiz. besteht

Gewisse Zahl von unangenehmen Vorschlägen, die man wohl in Kauf nehmen muss.

Bei Beiträgen an Besoldung der Kulturingenieure besteht Gefahr, dass Kantone nicht mehr genügend Personal anstellen, um die Verwendung der Bundesbeiträge zu überwachen.

Abbau der Verbilligungsbeiträge wird erst vorgesehen, wenn Index

unter 169 Punkte fällt. Ist es klug, im Texte so feste Bindungen einzugehen? Das nochmals prüfen.

Kann man heute schon über Schicksal der Subventionen an Verkehrszentrale und Zentrale für Handelsförderung entscheiden, nachdem man künftige Entwicklung gar nicht kennt.

Unter Sozialleistungen heikel die Beiträge an die Krankenkassen.

Mit Reduktion der Fondszinsen gewisse Nachteile verbunden. Müssen hier aufpassen, dass wir nicht gezwungen werden, die Einsparungen, die wir erzielen durch neue Aufwendungen zu ersetzen.

Herr Petitpierre: Der Botschaftsentwurf gefällt mir. Eher etwas umfangreich. Mit Vorschlägen einverstanden, die ich als Minimum erachte. Frage, ob man diese Subventionen wirklich abbauen kann. Polit. Dept. nicht betroffen, verweise im übrigen auf meinen Mitbericht.

Herr Feldmann: Ausgangspunkt, man wollte die psychologische Situation etwas entlasten. Was vorliegt, ist ein interessanter Bericht. Es fragt sich nur, ob Schlussergebnis den Zweck erreicht. Wird man nicht sagen, Berg hat Maus geboren?

Unterstreichen möchte ich, dass man nicht am Landwirtschaftsgesetz schon ändern sollte, nachdem dieses noch nicht einmal in Kraft gesetzt.

Für mich liegt das Hauptgewicht nicht bei den Einsparungen an Subventionen auf Grund bestehender Gesetze, sondern bei Vorlagen, die neue Aufgaben bringen. Logische Konsequenz der Sparvorlage wäre, bei allen Postulaten und Motionen, die den Bund etwas kosten, "Nein" zu sagen. Die vorgeschlagenen minimalen Einsparungsmöglichkeiten machen sonderbaren Eindruck, der psychologisch schaden könnte.

Sehr interessant, dass der Grosse Rat vom Kanton Waadt Ausgabenbremse abgelehnt hat. Die Sparparole beruht vielfach auf Sparpsychose. Dahinter stehen Kreise, die sich heute mit AHV noch nicht abgefunden haben. Wollen wir uns bei unserer Sparpolitik von diesen Kreisen das Gesetz des Handelns vorschreiben lassen.

Herr Bundespräsident: Mit Richtlinien für die Verbilligungsbeiträge einverstanden, ~~Bezüglich Verbilligungsbeiträge einverstanden~~, trotzdem das Ruchbrot verschwinden wird.

Sehr zweifelhaft Aufhebung der Bundesbeiträge an die Verkehrszentrale. Sie wird aufliegen. Hotellerie nicht in der Lage einzugreifen.

Bei Liquidation der Verkehrszentrale wäre Schaden für Fremdenverkehr grösser als die möglichen Einsparungen. Anders bei der Handelszentrale.

Beim Beitrag für wissenschaftliche Forschung wird harter Widerstand zu erwarten sein.

Wir haben auch der Aufhebung der Beiträge an Personalkosten der Kantone zugestimmt. Bei Beiträgen an Forstpersonal der Gebirgskantone habe ich Bedenken. Hier gewisse Inkonsequenz. In Botschaft führt man aus, gewisse Kantone erhalten ja mehr als Primarschulsubvention. Man sollte nicht so zeigen, dass man den Gebirgskantonen mit der einen Hand wegnimmt, was man mit der andern gibt. Weil Ertrag der Wälder

in Gebirgskantonen viel geringer als im Flachland, ist das Interesse für das erforderliche Forstpersonal zu sorgen weit geringer. Daher prüfen, ob man bei den Gebirgskantonen für das Forstpersonal und die Kulturingenieure nicht eine Ausnahme machen sollte.

Auch bei Schulfonds der ETH muss man prüfen, ob die Zinsen und allfällige Zuwendungen ausreichen werden. Im Allgemeinen zeigt die Botenschaft, wie schwer es ist, Einsparungen zu erzielen. Wenn wir nicht ganz massiv auf die Kantone greifen, sind keine Einsparungen möglich.

Herr Weber: Bezüglich Gesamteindruck wird es schon Kreise geben, die nicht einverstanden sind, vor allem die, die behauptet haben, man könne 200 Millionen einsparen. Bei Zentrale für Verkehrsförderung und Handelsförderung haben wir keine Streichung des Beitrages vorgeschlagen. Bei Verkehrszentrale soll das vor allem ein Wink sein, dass man nicht glaubt, die Subvention sei auf alle Zeiten gesichert. Wir müssen schauen, dass die Interessierten höhere Beiträge leisten.

Was Verbilligungsbeiträge betrifft, so kann man statt von einer genauen Indexzahl vom heutigen Stand der Lebenskosten reden. Hier sind maximal Einsparungen von 50 Millionen möglich. Das Weissmehl trägt 34 Millionen der Ruchbrotverbilligung.

Man wird jedenfalls vor dem Landwirtschaftsgesetz nicht Halt machen können.

Was Beiträge an kant. Besoldungen betrifft, so werden wir Hinweis auf Primarschulsubvention fallen lassen. Gebirgskantone werden ja im Rahmen des Finanzausgleiches noch besondere Leistungen erhalten. Sie werden alles in allem viel mehr bekommen als man ihnen mit diesen Einsparungen wegnimmt.

Frage des Schulfonds ETH werden wir noch prüfen. Bitte bestimmte Anträge auf Streichungen oder Aenderungen im Text uns schicken.

Herr Rubattel: Man sollte Räte auch darauf aufmerksam machen, was sie selbst beitragen könnten durch grössere Zurückhaltung mit Motionen und Postulaten.

Besteuerung von Schweizern in Italien.

Herr Rubattel macht Ausführungen über die ausserordentliche Vermögenssteuer unter der die Schweizer in Italien zu leiden haben. Die Durchführung, bei der Angehörige der UNO-Staaten eine Vorzugsbehandlung geniessen, steht in Widerspruch mit der Meistbegünstigungsklausel des schweiz./italienischen Niederlassungsvertrages. Verschiedene Wirtschaftsverbände haben eine Eingabe an die nationalrätliche Kommission für das Sozialversicherungsabkommen mit Italien gerichtet und verlangen darin, dass diese Angelegenheit verknüpft werde mit dem genannten Sozialversicherungsabkommen, in dem Sinne, dass Nichteintreten beschlossen werde. Habe Angelegenheit gestern mit dem Politischen Departement besprochen. Nachdem zwischen den beiden Problemen kein Zusammenhang besteht, bin ich gegen eine Verknüpfung. Man kann es nicht die italienischen Arbeiter in der Schweiz entgelten lassen, dass die schweizerischen Vermögensbesitzer durch Italien benachteiligt werden. Ich bin daher der Meinung, der nationalrätlichen Kommission nahezu legen, auf die Vorlage einzutreten. Wenn wegen der Angelegenheit Vermögenssteuer Massnahmen zu treffen sind gegen Italien, dann soll man sie auf dem Gebiete des Finanzwesens treffen. Ich bitte

Sie, mich zu ermächtigen, vor der Kommission diesen Standpunkt einzunehmen.

Herr Petitpierre: Es trifft zu, dass die Schweiz das einzige Land ist, dessen Bürger durch die ausserordentliche Vermögenssteuer ernstlich getroffen werden. Die Bürger der UNO Mitgliedstaaten sind befreit, die Italiener zahlen 4 %, die Schweizer bis zu 15 %. Wegen der Widerstände im Parlament behandelt uns die italienische Regierung schlecht. Die einzige Möglichkeit, bessere Bedingungen für die Schweizer Vermögensbesitzer in Italien zu erzielen, scheint mir die Verknüpfung dieser Frage mit dem Sozialversicherungsabkommen. Es bestehen gewisse tatsächliche Zusammenhänge. Beim Sozialversicherungsabkommen handelt es sich um ein Abkommen, das nur Italien Vorteile bringt. Dem trägt Italien gar keine Rechnung in der Art und Weise wie es Schweizer behandelt und den Niederlassungsvertrag missachtet. Ich bin dagegen, die Fragen derart zu verknüpfen, dass man Nichteintreten auf das Sozialversicherungsabkommen beschliesst, aber Herr Rubattel darf nicht erklären, dass zwischen beiden Fragen kein Zusammenhang besteht. Die Kommission soll das Abkommen genehmigen und der Bundesrat zur Ratifizierung ermächtigen. Herr Rubattel soll aber feststellen, dass sich der Bundesrat im Zusammenhang mit der Vermögenssteuerfrage vorbehalte, ob er ratifizieren werde oder nicht. Diese Türe sollte man noch offen lassen. Wir könnten dann diese Argumente verwerten für die weiteren Verhandlungen mit Italien. Erklären wir, dass zwischen beiden Sachen kein Zusammenhang besteht, dann geben wir eine wertvolle Waffe aus der Hand.

Herr Feldmann: De facto besteht zwischen den beiden Angelegenheiten eine Verbindung. Kritik bei uns war ausserordentlich scharf. Man hat behauptet, dass man vitale schweizerische Interessen vernachlässigt hat. Vorschlag von Herrn Petitpierre hat den Vorteil, dass wir ohne Sache zu dramatisieren, eine gute Waffe in der Hand behalten.

Herr Weber: Behandlung der Schweiz durch Italien ist äusserst stossend. Rechtlich besteht zwischen Steuerbehandlung der Schweizer und Sozialversicherungsabkommen keine Verbindung aber faktisch doch. Mit der Ratifizierung oder Nichtratifizierung behalten wir ein Druckmittel. Es bestünde auch die Möglichkeit, dass die nationalrätliche Kommission die Arbeit fertig führt, aber vor dem Plenum des Nationalrates beantragt, mit der Beschlussfassung noch zuzuwarten, bis die Verhandlungen des Bundesrates ein besseres Ergebnis zeigen. Man soll auf alle Fälle schon in der Kommission und erst recht im Plenum auf diese ganz unverständliche Haltung hinweisen.

Herr Bundespräsident: Wenn ich Mitglied der nationalrätlichen Kommission wäre, würde ich - ich sage es ganz offen - gegen Eintreten stimmen. Behandlung ist eine Unbilligkeit. Bin auch mit der Lösung von Herrn Petitpierre einverstanden, wobei man damit die Kritik des italienischen Verhaltens im Sinne von Herrn Bundesrat Weber verknüpfen könnte. Wenn die Kommissionsmitglieder solche Vorbehalte anmelden, so sollte ihnen der Bundesrat nicht entgegentreten.

Herr Rubattel: Ich werde Haltung einnehmen im Sinne der gewalteten Diskussion, dass gewisse Beziehungen zwischen beiden Sachen bestehen. Ich muss gestehen, dass mein soziales Gefühl zuerst heftig dagegen revoltierte, das Schicksal der italienischen Arbeiter abhängig zu machen von der Erfüllung gewisser Finanzinteressen schweizerischer Kreise. Ich möchte auch noch zu bedenken geben, ob nicht ein Präjudiz geschaffen wird.

12. Mai

- 5 -

Nun, ich werde erklären, dass Bundesrat der Meinung ist, man könne eintreten, aber dass sich Bundesrat noch vorbehält, das Sozialversicherungsabkommen zu verwenden, um bei der Behandlung der schweizerischen Vermögenssteuerpflichtigen in Italien bessere Bedingungen zu erreichen. Die Lösung, die die Mehrheit des Bundesrates empfiehlt, ist vernünftig. Meine Lösung mag etwas sentimental gewesen sein. Fürchte, dass jetzt bei andern Kreisen unser Vorgehen unliebsame Reaktion auslösen könnte.

Herr Petitpierre: Prinzipiell bin auch ich gegen eine Verbindung von Angelegenheiten die nicht zusammengehören. Hier besteht aber ein tatsächlicher Zusammenhang. Deshalb glaube ich nicht, dass wir gefährliches Präjudiz schaffen. Wir machen gegenüber Italien mit dem Abkommen eine politische Geste, deshalb können wir auch von Italien ein Entgegenkommen erwarten. Wir opfern keineswegs italienische Arbeiter für die Interessen unserer Kapitalisten. Es handelt sich vielmehr bei der Steuersache um durchaus legitime Interessen von Schweizern aller Bevölkerungsschichten. Wir müssen diese Interessen verteidigen. Vielleicht ändert sich in Italien das Klima etwas nach den Wahlen.

Herr Weber: Es handelt sich um eine ungerechte Behandlung der Schweiz. Man soll nicht in den Räten aus dem Verhalten Italiens in Steuerfrage eine Bedingung für die Annahme des Abkommens machen. Der Bundesrat soll sich mehr auf die entstandene Reaktion berufen, als sich damit identifizieren. Das sollte genügen um einen gewissen Eindruck auf Italien zu machen.

Herr Bundespräsident: Ich vermute, dass im Ständerat schon der richtige Nachdruck kommen wird.

Herr Petitpierre: Vielleicht könnte ich Herrn Reale darauf aufmerksam machen, dass ein gewisses Risiko für das Sozialversicherungsabkommen besteht.

Der Bundesrat ist dafür, dass eine solche Andeutung gemacht wird.

Waffenstillstand in Korea.

Herr Petitpierre: In Korea nichts Neues. Werde Ihnen Schreiben zustellen über die Reaktion in Stockholm.

Kriegsgeschädigte Auslandschweizer.

Herr Feldmann: Duttweiler führt systematische Verdächtigungskampagne gegen Bundesrat. Er droht, im Referendumskampf gewisse düstere Zusammenhänge aufzudecken. Er erklärt, der Bundesrat habe mit dem Rat an die Schweizer in Ostdeutschland eine Blutschuld auf sich geladen. Nachdem er zuerst mit unsern Anträgen einverstanden war und mir erklärt hat, mehr als 120 Millionen kommen nicht in Frage, streitet er das heute ab. Wie soll man reagieren?

Wir könnten von Duttweiler per Chargébrief Klarstellung verlangen und Angelegenheit dann in der Kommission und im Parlament behandeln.

Herr Rubattel: Ich habe Duttweiler einmal gestellt wegen Artikel in der "Tat". Er hat erklärt, er habe keinen Einfluss auf diese Zeitung. Das sei die Zeitung von Jaeckle. Mit Leuten dieses Schlages kann man nicht reden. Was kann bei ihm dieser Brief nützen. Besser die Oeffentlichkeit orientieren.

Herr Bundespräsident: Herr Feldmann will nicht jetzt Richtig-

stellung vornehmen. Er will Duttweiler bei bestimmten Aussagen festnageln. Sollte man nicht auch Nationalrat Jaeckle schreiben.

Herr Petitpierre: Will Herr Feldmann nicht jemand an die Versammlung für die Auslandschweizerfragen schicken, um zu sehen, was dort geht?

Herr Feldmann: Das ist vorgesehen.

Herr Weber: Verspreche mir nicht viel von dem Brief. Verspreche mir mehr davon, wenn man ihn stellt in der Kommission oder im Rat.

Beschluss: Es wird Herrn Bundesrat Feldmann überlassen, wie er vorgehen will.

Prozess Nationalrat Arnold.

Herr Feldmann: Die Honorarrechnung des Verteidigers Dr. Heeb für seinen Genossen beträgt 8'672.- Fr. Daran hat Arnold 4'250.- Fr. bezahlt. Politisch interessant, dass nicht die PdA die Kosten übernommen hat.

Arnold ist zum Empfang der Tschechoslowakischen Gesandtschaft eingeladen worden und war anwesend. Wir müssen es in Kauf nehmen, auf den Gesandtschaften mit Vertretern der PdA zusammenzukommen, solange PdA nicht verboten ist. Wenn aber ein solches PdA-Mitglied mit 8 Mt. Gefängnis bestraft worden ist und trotzdem mit Mitgliedern des Bundesrates auf eine Gesandtschaft eingeladen wird, da braucht es dann schon eine Reaktion; vor allem, wenn es eine Gesandtschaft ist mit der man auch noch wegen ihrer Spionagetätigkeit zu tun hat.

Könnte man nicht Geschäftsträger in Prag abberufen oder mindestens mitteilen, dass wir keine Einladungen mehr annehmen. In Presse bis jetzt nichts erschienen.

Herr Petitpierre: Wusste nichts davon. Können Dinge nicht so gehen lassen. Es ist eine Unverschämtheit. Will mir überlegen, ob wir nicht Rückberufung des Geschäftsträgers verlangen wollen.

Herr Oser: Ich habe bei meinem Besuche auf der Gesandtschaft plötzlich Arnold gesehen, als ich mit einem Herrn der Gruppe, in der er stand, sprach. Ich konnte gerade einer direkten Begegnung noch ausweichen.

Herr Bundespräsident: Das Unverschämte liegt darin, dass man unsern offiziellen Vertreter mit solchen Leuten zusammenbringt.

Jubiläumsfeier des Verbandes Schweiz. Darlehenskassen. (s. ordentliches Protokoll.)

Rücktritt von Bundesrichter Logoz.

Sekretariat der Bundesversammlung teilt mit, dass Herr Logoz seinen Rücktritt erklärt hat.

Einladung Grossbritannien, 2. Juni.

Es gehen Herr Etter, Herr Kobelt und Herr Petitpierre.

- 7 -

Einladung Italien, 2. Juni.

Es geht Herr Rubattel.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

- Politisches Dept. Agrément für Herrn Wagnière in Belgrad.
Besoldungserhöhung an Minister Gérard Bauer.
Geschäftsbericht Gesandtschaft Madrid für 1952.
- Dept. des Innern Abänderung der Verordnung über den Verkehr mit Lebensmitteln.
Internationaler Kongress zur beruflichen Ausbildung der Musiker.
Schweiz. Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.
- Herr Rubattel: Habe Eindruck, dass administrative Kosten Tendenz zum grösser werden haben. FuZ hat deshalb gewisse Bemerkungen gemacht.
- Herr Bundespräsident: Werden das behandeln im Zusammenhang mit Sparvorlage.
- Herr Weber: Sobald für grössere Zwecke Mittel zur Verfügung gestellt werden, wird sofort auf grösserem Fuss gelebt. Man misst mit ganz anderem Mass als Verwaltung. Wichtigste Obliegenheit wird Festlegung von Honoraren, Kauf von Liegenschaften etc. Bundesverwaltung rechnet viel sorgfältiger.
- Justiz & Polizeidept. Verwaltungsbeschwerde Bürgergemeinde Giswil.
Abkommen mit Japan. A.o. Massnahmen des gewerblichen Rechtsschutzes.
- Militärdepartement Begnadigungsgesuch Wiederkehr Adolf.
- Herr Petitpierre: Was heisst das, er könne neues Gesuch erst 1954 stellen. Ist das Versprechen, dass dann Gesuch berücksichtigt wird?
- Herr Weber: Wollte schon fragen, ob das überhaupt zulässig ist, zu verbieten ein Gesuch innert einer bestimmten Zeit zu stellen?
- Beschluss: Abweisen unter Verzicht auf Mitteilung des Termins für die Erneuerung.
- Post & Eisenbahndept. Kleine Anfrage Wartmann.